

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am Dienstag, 28.02.2017,
um 17:00 Uhr, Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 18:10 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I.Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 10.01.2017
4. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt (Oder) zur Durchführung eines Fachberatungsdienstes im Rahmen der Migrationssozialarbeit gemäß Landesaufnahmegesetz Brandenburg
Vorlage: 025/2017
5. Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 024/2017
6. Information zur Integration von Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree
verantw.: Frau Katja Kaiser, AL Amt 58

I.Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Frau Griesche, stellvertretende Vorsitzende des Fachausschusses, erklärt, dass der Vorsitzende, Herr Balzer, entschuldigt ist, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Bei der Bitte um Bestätigung der Tagesordnung wurde von Frau Griesche darauf hingewiesen, dass zu TOP 4 – Beschlussvorlage 025/2017 – kein Beschluss gefasst werden könne, da die Beschlussvorlage durch die Post nicht rechtzeitig zugestellt wurde und einige Abgeordnete diese daher nicht zur Kenntnis nehmen konnten.

Der TOP bleibt zur Information jedoch auf der Tagesordnung und die Behandlung in den weiteren Ausschüssen bzw. im Kreistag davon unberührt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 10.01.2017

Auch auf Nachfrage gibt es keine Änderungsvorschläge bzw. –wünsche zum Protokoll der Fachausschusssitzung vom 10.01.2017. Das Protokoll gilt als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt (Oder) zur Durchführung eines Fachberatungsdienstes im Rahmen der Migrationssozialarbeit gemäß Landesaufnahmegesetz Brandenburg Vorlage: 025/2017

Frau Kaiser, Amtsleiterin des Amtes 58, erläutert kurz den Sachverhalt:

Die öffentlich rechtliche Vereinbarung ist Voraussetzung für den fachspezifischen Beratungsdienst (FBD), der gemeinsam mit der Stadt Frankfurt (Oder) durchgeführt werden soll. Hierbei handelt es sich um Beratungen für Flüchtlinge, vorwiegend mit SGB II-Bezug, die bis dato kreisübergreifend (Landkreise Oder-Spree, Dahme-Spree, Frankfurt (Oder) und Märkisch-Oderland) über die Caritas Fürstenwalde durchgeführt wurden. Es bestehe der Wunsch, die Beratungen mit der Stadt Frankfurt (O.) fortzuführen, um begonnene Synergien fortzusetzen. Das Land Brandenburg hat das Refinanzierungsvolumen erhöht, weshalb eine Ausschreibung erforderlich ist.

Frau Kaiser wies darauf hin, dass im Nachgang der Vereinbarung in der nächsten Kreisausschusssitzung der Beschluss zur Vergabe folgen wird.

Auf Nachfrage von Frau Frenienz erklärt Frau Kaiser, dass die Ausschreibung parallel zum Abschluss der Vereinbarung im Februar 2017 in Auftrag gegeben wurde, da es der Plan ist, dass der FBD ab 01.07.2017 seine Arbeit aufnimmt.

Die weiteren Angaben können der Beschlussvorlage nebst Anlage entnommen werden.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 Vorlage: 024/2017

Unter Einbeziehung der Ausführungen bzw. Planzahlen der Amtsgebiete in der vergangenen Fachausschusssitzung vom 10.01.2017 erläutert Herr Buhrke, Dezernatsleiter Dez. II, anhand einer Präsentation den Haushaltsplan für 2017. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage erhält Herr Hilke das Wort und bittet daran zu denken, dass die Voraussagen, die über die Kreisgebietsreform hinaus gehen, sehr vage sind, da niemand das Ergebnis kennt und die Zahlen bis zu diesem Zeitpunkt dem Landkreis in der bisher bestehenden Form zu Gute kommen sollten.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, wird die Abstimmung durch Frau Griesche erbeten.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 6 Information zur Integration von Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree
verantw.: Frau Katja Kaiser, AL Amt 58**

Frau Kaiser, Amtsleiterin des Amtes 58, bezieht sich bei ihren Ausführungen auf die vorbereitete und beigelegte Präsentation zum Haushaltsentwurf.

Laut Landesaufnahmegesetz seien Neuzuweisungen mit einer Personenzahl von 740 prognostiziert. Das Aufnahmesoll wird jedoch anhand von Auswertungen aus den Jahren 2015 und 2016 durch das Land überarbeitet und ggf. geändert.

Derzeit werden durch den Landkreis 9 Gemeinschaftsunterkünfte mit einer Kapazität von 984 Plätzen unterhalten. Die Gemeinschaftsunterkunft in Heinersdorf wurde zwischenzeitlich geschlossen. Des Weiteren sind in den Wohnverbünden Kapazitäten in Höhe von 1.000 Plätzen vorhanden.

Zum 01.04.2017 wird die elektronische Gesundheitskarte eingeführt. Die Vorbereitungen in Zusammenarbeit mit der BKK VBU sind bisher gut angelaufen.

Als ein Bestandteil der Arbeit sind inzwischen auch die Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit zu betrachten. Bei der anvisierten Größenordnung von 50 Plätzen, sind derzeit 25 Plätze extern und 9 Plätze intern belegt. Die Herausforderung ist hier, geeignete Personen ausfindig zu machen, da der zugelassene Teilnehmerkreis sehr begrenzt ist.

Wichtige Aufgaben sind derzeit die unterschiedlichen Qualitätsstandards aufgrund der Trägervielfalt zu vereinheitlichen, das Konzept zur Migrationssozialarbeit zum 30.06.2017 umzusetzen und das Ehrenamt in Zusammenarbeit mit den Ehrenamtszentralen und Freiwilligenagenturen zu fördern und zu stärken. Die existierenden Integrationskurse sind fest etabliert und entlasten auf diese Weise das Ehrenamt.

Frau Griesche bittet um Auskunft zur Bearbeitung der Rückführungen, wie lange die Bearbeitung in Anspruch nimmt und ob die Fälle aus den nicht gefährdeten Ländern (z. B. Afghanistan) in kurzer Zeit bearbeitet werden können. In Beantwortung teilt Frau Kaiser mit, dass ein Hauptaugenmerk der Rückführung in der schnellen Ermöglichung der freiwilligen Rückkehr zu sehen sei. Ansonsten sei jede Rückführung immer eine Einzelfallbetrachtung. Angemerkt wurde von Frau Kaiser auch, dass es in der Ausländerbehörde immer noch personelle Probleme gibt.

Herr Hilke bittet darum, sich ggf. über den Kreistag an den Gesetzgeber zu wenden und auf politischer Ebene eine Lösung zu fordern, da diese spezielle politische Situation nicht aufgrund personeller Schwierigkeiten in den Hintergrund rücken sollte. Das Bleiberecht der anerkannten Flüchtlinge, die u. a. in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen, und die Anwendung der Gesetze mache es erforderlich, durch den Staat die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten.

Frau Kaiser informiert die Anwesenden darüber, dass derzeit Einstellungsgespräche zur Besetzung in der Ausländerbehörde geführt werden, aber das Auswahlverfahren und die darauf fol-

gende Einarbeitungszeit aufgrund der Komplexität des Ausländerrechts einige Zeit in Anspruch nimmt. Es sei aber angestrebt, die offenen Stellen zeitnah zu besetzen.

Herr Buhrke führt diesbezüglich weiter aus, dass hier verstärkt der Bund in die Verantwortung genommen werden sollte, da durch die geänderte Gesetzeslage eine Situation entstanden ist, die nicht in die alleinige Verantwortung der Kommunen gelegt werden kann. Eine langfristige zuverlässige Lösung ist sehr skeptisch zu betrachten.

Herr Passow bittet um Mitteilung der Zahlen, die belegen, wie viele Personen tatsächlich in Integrationsmaßnahmen untergebracht sind und in diesen bis zum Ende bleiben. Er denke, dass hier viel Geld ausgegeben wird, aber nicht abschließend zum Nutzen gelangt, da keine Dauerhaftigkeit in der Belegung der Maßnahmen vorhanden ist. Er bittet darum, diese negative Entwicklung zu betrachten und in einer der nächsten Sitzung um die Aufstellung bzw. Gegenüberstellung der diesbezüglichen Zahlen.

In Beantwortung stellt Frau Kaiser noch einmal dar, dass Umzüge und Abwanderungen in Richtung Großstädte eine große Rolle spielen. Es ist zu verzeichnen, dass dieser Personenkreis eine andere Vorstellung und ein anderes Größenverhältnis zum Lebensumfeld besitzt. Die Dauerhaftigkeit, im ländlichen Raum leben, ist hier nicht ausgeprägt. Auch die Kursträger der Maßnahmen erleiden hierdurch einen nicht unerheblichen Schaden. Auf die Frage von Frau Frenienz, ob es nicht eine Präsenzpflcht gibt; bestätigt Frau Kaiser diese und teilt mit, dass auch das nicht zum erwünschten Erfolg ver helfe. Umzüge sind nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Frau Frenienz fragt nach, wie mit bestehenden Verträgen mit Sozialträgern umgegangen wird. Daraufhin erläutert Frau Kaiser, dass die bisher abgeschlossenen Verträge sehr unterschiedlich gestaltet sind und künftig entsprechend den Bedingungen Anpassungen vorgenommen werden.

Auf Nachfrage von Frau Griesche bittet Frau Wagner noch einmal um das Wort und Frau Kaiser darum, in der nächsten Ausschusssitzung konkrete Zahlen und Informationen zum Stand der Bearbeitung der Kosten der Unterkünfte vorzutragen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Frau Griesche bedankt sich für die Ausführungen und wünscht allen einen guten Nachhauseweg.

zugestimmt

gez.
Karin Griesche
Stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Sina Pöhlmann
Schriftführerin